

Faire Arbeit in Europa!

Strategien gegen die Ausbeutung von Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft

Bericht zur digitalen Konferenz am 08. Juli 2021



8. Juli 2021, 10:00 – 12:45 Uhr

FAIRE ARBEIT IN EUROPA!

Grafik: Enrico Wagner

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist einer der wichtigsten Grundfreiheiten der Europäischen Union. Sie bietet Chancen für Arbeitnehmer_innen, die auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten bereit sind dorthin zu gehen, wo ihnen diese angeboten werden. Arbeitsmigration ist ein völlig selbstverständlicher und notwendiger Prozess in einem großen Wirtschaftsraum. Wer in ein anderes EU-Land geht, um dort zu arbeiten, sollte dort nach den im Lande geltenden Bestimmungen entlohnt und behandelt werden. Die Entwicklungen der letzten 10 und mehr Jahre haben jedoch gezeigt, dass dieses Prinzip häufig unterlaufen wird. Das gilt insbesondere auch für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Der Obst- und Gemüsesektor der EU ist in hohem Maße von ausländischen Arbeitskräften abhängig. Insbesondere Deutschland, Italien und Schweden beschäftigen eine hohe Anzahl von zugewanderten Saisonkräften in der Landwirtschaft. Diese kommen zumeist aus Rumänien, Bulgarien und aus Drittstaaten. Ihre Arbeit gilt als „systemrelevant“, trotzdem gehören sie in der gesamten EU zu den am stärksten ausgebeuteten Arbeitskräften. Akkordlohn oft unterhalb des gültigen Mindestlohns, Zusammenleben in engen Wohnbehausungen und lange Arbeitstage kennzeichnen die Tätigkeit vieler Saisonkräfte. In der Covid-19-Pandemie wurden ihre prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht zuletzt durch weitreichende Ausnahmeregelungen nochmals verschärft.

Im Juli 2020 entwickelte die EU Kommission zwar neue Leitlinien zum Schutz von Saisonbeschäftigten und kündigte weitere Maßnahmen an, dennoch zählen Saisonkräfte weiterhin zu den besonders gefährdeten Beschäftigten in der EU.

Das DGB Projekt „Network Fair Posting“, das Projekt Faire Mobilität des DGB und die FES organisierten vor diesem Hintergrund eine digitale Konferenz, bei der sich Expert_innen und Fachpublikum darüber austauschen konnten, wie die Situation von Saisonkräften in Ziel- und Herkunftsländern ist, welche gewerkschaftlichen Strategien entwickelt wurden, um dem zu begegnen und welche Änderungen auf EU-Ebene zu einer Verbesserung führen könnten.

Die Konferenz fand im Rahmen eines Projektes des DGB-Bildungswerkes zu „Fair Posting In Europe“ statt, das von der EU unterstützt wird und an dem die FES als assoziierter Partner beteiligt ist.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Organisatoren der FES übergibt die Moderatorin Annelie Buntenbach vom Unterstützungsnetzwerk Faire Mobilität das Wort an Anna Spånt Enbuske, die für das erste Zielland, Schweden, über die Erfahrungen der schwedischen Gewerkschaft Kommunal mit



Screenshot: FES

Saisonarbeiter_innen berichtet. Sie adressiert zunächst das Problem der Erfassung von Saisonarbeiter_innen, da es lediglich Zahlen von Arbeiter_innen aus Drittstaaten, wie etwa Thailand und der Ukraine gibt. Arbeiter_innen aus den Mitgliedsstaaten der EU werden

aufgrund des Freizügigkeitsgesetzes der EU hingegen nur selten registriert, weshalb verlässliche Zahlen hierzu fehlen. Das ist eine problematische Situation für Arbeitnehmer_innen, die schlecht über ihre Rechte im Land informiert sind. Informationen werden teilweise auch absichtlich von Arbeitgebern zurückgehalten. Die fehlende Bildung ist vor allem bei Saisonarbeiter_innen aus Drittstaaten problematisch, da diese den Gewerkschaften gegenüber skeptisch sind und sie teilweise für staatlich organisiert halten.

Viele Arbeitnehmer_innen aus Drittstaaten kommen über Vermittlungsagenturen, von denen sie Doppelverträge erhalten haben, andere haben gar keine - oder nur mündliche - Vereinbarungen getroffen, wodurch sie besonders vulnerabel sind. Die Gewerkschaft versucht die Arbeiter_innen davor zu schützen und hilft zum Beispiel bei den Verhandlungen, wenn Arbeiter_innen weniger Zahlung als vereinbart erhalten haben. Sie bemühen sich zudem Saisonarbeiter_innen besser über ihre Rechte zu informieren, auch in ihrer Muttersprache.

Anna Spånt Enbuske plädiert vor allem für eine EU-weite Zusammenarbeit sowie Kooperationen mit Regierungsbehörden, damit Arbeitgeber besser kontrolliert werden können und zu besseren Regularien verpflichtet werden, sowohl bezüglich Arbeitsbedingungen, als auch Unterbringung.

Über die Bedingungen für ausländische Arbeitskräfte in Italien berichtet Jean René Bilongo von der italienischen Lebensmittelarbeiter_innengewerkschaft FLAI CGIL. Ein Großteil der dortigen Saisonarbeiter_innen stammt aus Rumänien, aber auch Arbeiter_innen aus Drittstaaten wie Albanien, Marokko oder Tunesien sind in großer Zahl vertreten. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Saisonarbeiter_innen auf etwa 620 000 von denen rund 180 000 nicht registriert sind. Die Probleme, denen sich die Arbeiter_innen in Italien ausgesetzt sehen, sind zahlreich: Lange Arbeitszeiten ohne Pausen, miserable Unterkünfte ohne fließendes Wasser und niedrige Löhne. Hinzu kommt alltägliche



Screenshot: FES

Diskriminierung und Rassismus, besonders Frauen haben zudem oft mit sexueller Belästigung zu kämpfen.

Um die völlig inakzeptable Situation der Saisonarbeiter_innen zu verbessern setzt die FLAI CGIL an mehreren Stellen an. Zum einen ist sie politisch aktiv und versucht z.B. über das Parlament Druck auf die Regierung auszuüben und die Situation der Arbeiter_innen zu verbessern. Zum anderen setzt sie auf das Konzept „Gewerkschaft an der Ecke“, mit dem sie versucht die Kontaktschwelle niedrig zu halten und möglichst einfach für Saisonarbeiter_innen erreichbar zu sein. Etwa direkt an deren Arbeitsplätzen auf dem Feld, in Unterkünften oder in religiösen Einrichtungen. Gleichzeitig nutzt die Gewerkschaft auch Kanäle wie WhatsApp und Facebook um Informationsmaterial in den Sprachen der jeweiligen Herkunftsländer an die Arbeiter heranzutragen. Neben dem Informieren, Aufklären und dem potentiellen Verbessern der Lebenssituation der Saisonarbeiter_innen erfüllt die dauerhafte Präsenz der FLAI CGIL auch noch eine ganz pragmatische Funktion: Einsamkeit und daraus resultierende psychische Probleme stellen neben der Ausbeutung durch die Arbeitgeber ein weiteres Problem dar, der Kontakt zu den Gewerkschaftern ist daher für die Saisonarbeiter_innen umso wichtiger.

Die Präsenz und das gefasste Vertrauen der Saisonkräfte in die Gewerkschaft zeigt laut Jean René Bilongo längst Wirkung: Immer mehr Arbeiter_innen setzen sich mit Hilfe der Gewerkschaft juristisch gegen die Ausbeutung zur Wehr.

Für Deutschland schildert Benjamin Luig vom Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen die Situation. Die letzten aktuellen Zahlen vor Corona geben 270 000 Saisonarbeiter_innen an, von denen



Screenshot: FES

ein Drittel in der Landwirtschaft arbeitete. Obwohl derzeit die Mehrheit aus Rumänien, Polen und Bulgarien stammt gibt es einen Wandel zu Drittstaaten als Herkunftsländer.

Auch Benjamin Luig berichtet von Problemen wie nicht vorhandenen Arbeitsverträgen und unbezahlten Überstunden. Selbst bei vorhandenen Verträgen erlauben sich Arbeitgeber viel Flexibilität, in der Regel zum Leid der Arbeitnehmer_innen. Die größte Herausforderung ist dabei der Ausschluss vom sozialen Sicherheitsnetz in Deutschland, da Saisonkräfte in diesem Jahr 102 Tage sozialversicherungsfrei beschäftigt werden können (statt wie vor der Pandemie 70 Tage) Hinzu kommen hohe Gehaltsabzüge für schlechte Unterkünfte und gesundheitliche Probleme z.B. durch Arbeitsverletzungen oder Überarbeitung. Obwohl die Pandemie die Wichtigkeit der Saisonarbeiter_innen gezeigt hat und zu medialer und politischer Aufmerksamkeit geführt hat, sind die Bedingungen nicht besser geworden. Zwar konnten Saisonarbeiter_innen nach Deutschland kommen, wurden jedoch durch die „Arbeitsquarantäne“ noch mehr isoliert und mussten sich einem hohen Gesundheitsrisiko aussetzen.

Seit einem Jahr hat der Verein das Bündnis „Initiative Faire Landarbeit“ initiiert, zu dem sich verschiedenen Beratungsstellen und Gewerkschaftern wie IG BAU, aber auch die Arbeitsseelsorge und kirchliche Akteure zusammengeschlossen haben. Sie machen aufsuchende Feldaktionen, dabei werden Aspekte wie soziale Isolation adressiert, sowie Informationen in der Muttersprache der Beschäftigten gegeben. Auch Hotlines und digitale Angebote werden verstärkt angeboten.

Positiv bewertet Benjamin Luig zudem die neue Agrarreform, die erstmals nicht nur ökologische, sondern auch soziale Kriterien beinhaltet. Bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Standards seitens der Betriebe können ihnen Subventionen gestrichen werden.

Um die Situation von Saisonkräften zu verbessern ist die Arbeit von Gewerkschaften in den Herkunftsländern mindestens genauso wichtig wie in den Zielländern. Für die Herkunftsländer berichtet zunächst Mirela Caravan vom Gewerkschaftsdachverband BNS aus Rumänien, dort Ansprechpartnerin des Projekts „Network Fair Posting“.

Die rumänische Diaspora ist die fünftgrößte Weltweit, der allergrößte Teil lebt oder arbeitet dabei in den europäischen Mitgliedsländern, davon etwa eine Million in Italien und rund 600 000 in Deutschland. Diese Massenemigration, sowohl saisonal als auch dauerhaft, führt einerseits dazu, dass die Bevölkerungszahl Rumäniens immer weiter schrumpft und andererseits dazu, dass Arbeitgeber vor Ort händierend nach Arbeitskräften suchen. Das hat unter anderem die paradoxe Situation zur Folge, dass in Rumänien selbst mittlerweile zahlreiche Saisonarbeiter_innen aus Drittstaaten wie etwa Vietnam arbeiten. Somit setzt sich BNS nicht nur für Saisonarbeiter_innen, die das Land verlassen, sondern auch für Saisonarbeiter_innen die nach Rumänien kommen, ein. Auch gegen den massiven Widerstand von rumänischen Arbeitgebern, wie Mirela Caravan berichtet.



Screenshot: FES

Essenziell für die Arbeit der Gewerkschaft sind vor allem Beratungsbüros, die rumänische Saisonarbeiter_innen vor Ort und vor ihrer Ausreise informieren und unterstützen. Diese setzen auch auf internationale Kooperation in Partnerprojekten unter anderem mit dem DGB-Projekt Faire Mobilität und weiteren Akteuren. Hinzu kommen besonders in Pandemie Zeiten Live-Veranstaltungen etwa auf Facebook, in denen Saisonarbeiter_innen direkt Fragen stellen können und weitere Informationen erhalten.

Die Corona-Pandemie hat die ohnehin schon prekäre Lage vieler Saisonarbeiter_innen noch weiter verschärft. Durch die Grenzschließungen konnten viele das Land nicht verlassen und verloren ihre Jobs im Ausland. Gleichzeitig wurden aufgrund der massiven Nachfrage nach Saisonarbeiter_innen unter anderem in Deutschland Sondergenehmigungen für Rumänen_innen in Sektoren wie Landwirtschaft und Pflege ausgesprochen. Die einhergehende mediale Aufmerksamkeit kam den Saisonkräften und Gewerkschaften zugute. So trifft sich beispielsweise das BNS mittlerweile monatlich mit dem rumänischen Arbeitsministerium.

Eine ähnliche Situation schildert auch Valentina Vasilyonova vom bulgarischen Verband unabhängiger Landwirtschaftsgewerkschaften FNZS. Sie ist auch Präsidentin des europäischen Dachverbandes EFFAT.



Screenshot: FES

Zu 800 000 dauerhaft im Ausland arbeitenden Bulgar_innen kommen rund 400 000 bulgarische Saisonkräfte die hauptsächlich in Italien, Spanien und Deutschland beschäftigt werden. Auch sie traf die Corona-Pandemie hart. In einem regelrechten Exodus kehrten hunderttausende Bulgar_innen zurück in die Heimat und meldeten sich arbeitslos. Eine durchaus problematische Situation für die vielen Familien, die auf das in die Heimat zurückgeschickte Geld angewiesen sind. Nach einigen Monaten entspannte sich die Situation jedoch wieder etwas und viele Saisonarbeiter_innen konnten doch noch neue oder alte Jobs im Ausland antreten. Auch für die FNZS liegt die wichtigste Aufgabe darin, die Saisonarbeiter_innen möglichst noch vor ihrer Ausreise über ihre Rechte und Möglichkeiten aufzuklären, die wichtigsten Kanäle sind hierfür das Internet sowie klassische Medien.

Laut Valentina Vasilyonova bewegt sich trotz aller Probleme vieles in die richtige Richtung. Auch Dank des politischen Drucks durch die FNSZ engagiert sich Bulgarien immer mehr für seine Saisonarbeiter_innen.

Zuletzt gibt Arnd Spahn von Europäischen Föderation der Gewerkschaften für Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus Ernährung, EFFAT eine Übersicht über die Problematik auf europäischer Ebene. Er ist dort seit vielen Jahren Politischer Sekretär Landwirtschaft.

Um die Bedingungen von grenzüberschreitenden Arbeitnehmer_innen in der Europäischen Union zu



Screenshot: FES

verbessern, konnten bereits einige Richtlinien durchgesetzt werden. Diese verpflichten die Mitgliedstaaten beispielsweise bis 2025 ein System zu entwickeln, in dem alle landwirtschaftlichen Saisonarbeiter_innen einen schriftlichen Vertrag, mit allen wichtigen Details zum Arbeitsverhältnis bekommen. Dies ist besonders für die soziale Absicherung der Arbeitnehmer essenziell.

Arnd Spahn plädiert für mehr Inklusion und Integration der Saisonarbeiter_innen. Diese sollen die Möglichkeit bekommen, sich mit ihren Familien auch dort niederzulassen, wo sie arbeiten und dabei den gleichen Zugang zu staatlichen Angeboten haben. Generell fordert er die Gleichbehandlung von Saisonarbeiter_innen und inländischen Arbeiter_innen, wenn sie die gleiche Arbeit verrichten und die gleichen Leistungen erbringen („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“).

Die Förderung von Gewerkschaftsarbeit von staatlicher Seite ist wichtig, damit diese weiterhin Saisonarbeiter_innen unterstützen, informieren und auch unterbringen können. EU-weit sollten gewerkschaftsnahe Beratungsstellen für Saisonkräfte und andere mobile Beschäftigte durch eine Förderlinie der EU ermöglicht werden. Konzepte wie EU-Sozialversicherungskarten und -nummern müssen ebenso diskutiert werden.

Obwohl es durchaus Unterstützung von der EU-Kommission gibt, gibt es weiterhin Probleme mit den Agrarsektoren auf nationaler Ebene, da diese kein Interesse an sozialen Aspekten zeigen. Es braucht daher mehr Kontrollmechanismen und verbindliche EU-Maßnahmen.

Die Beiträge und Diskussionen in der Fachkonferenz haben gezeigt, dass das Informieren und Aufklären der Saisonarbeiter_innen für alle Gewerkschaften zu den wichtigsten Aspekten ihrer Arbeit zählt. Viele Saisonkräfte kennen ihre Rechte nicht und werden von ihren Arbeitgebern teils gezielt im Unklaren gelassen. Nicht nur deswegen ist ein möglichst dauerhafter und möglichst direkter Kontakt zu den Arbeiter_innen essenziell für die Gewerkschaften.

Da das Problem unmöglich nur auf nationaler Ebene zu lösen ist, sind erfolgreiche Kooperationen wie zum Beispiel zwischen rumänischen Beratungsbüros und dem Deutschen Gewerkschaftsbund besonders begrüßenswert. Da auf europäischer Ebene der Wille zur Veränderung grundsätzlich vorhanden zu sein scheint, muss es in Zukunft gelingen, noch mehr politischen Druck auf die jeweiligen Agrarsektoren der Zielländer auszuüben, sei es durch verbindliche EU-Maßnahmen oder juristische Mittel vor Ort. Gleichzeitig wird eine gewerkschaftsnahe Beratung gefordert, die den Saisonbeschäftigten in der Landwirtschaft dabei hilft, ihre Rechte einzufordern und geltend zu machen.

Bezeichnend ist, dass sich die Probleme in den jeweiligen Herkunfts- und Zielländern zwar im Detail unterscheiden, sich jedoch grundsätzlich stark ähneln. Alles in allem hat die Veranstaltung somit

einmal mehr gezeigt, wie wichtig der regelmäßige Austausch auf transnationaler Ebene zwischen Gewerkschaften und allen die sich für soziale Arbeitsbedingungen einsetzen, ist.



Screenshots: FES

With financial support from the European Union

